



Stiftung
Asienhaus

Blick wechsel

Mai 2021



Proteste gegen Putschisten – Widerstand in den Nachbarländern Myanmar und Thailand

von Nicola Glass

„Wenn Ungerechtigkeit Recht wird, wird Widerstand Pflicht“ – das ist das treibende Motto der Demonstrierenden gegen den Putsch in Myanmar. Initiiert vor allem von der jungen Generation ließ sich eine ähnliche Protestwelle 2020 auch im benachbarten Thailand beobachten, wenn auch mit anderem Verlauf.

Zwischen beiden Nachbarländern gibt es neben wesentlichen historischen und gesellschaftlichen Unterschieden auch etliche Parallelen. Sowohl in Myanmar als auch Thailand dominieren Militärs seit Jahrzehnten das politische Geschehen und gehen buchstäblich über Leichen, um Macht, Pfründe und Privilegien zu verteidigen. Dagegen haben weite Teile der Bevölkerung aufbegehrt,

im berechtigten Verlangen nach echter, nachhaltiger Demokratie. Doch während in Thailand die jüngsten Proteste gegen das Regime unter Ex-Juntachef Prayut Chan-ocha sichtlich abgenommen haben, weitete sich der Aufstand gegen Myanmars Machthaber Min Aung Hlaing und dessen Junta drastisch aus.



In landesweiten Protesten wird seit drei Monaten für eine Rückkehr zur Demokratie in Myanmar demonstriert (Foto: adkarpin).

Am 11. Mai 2021 waren es genau 100 Tage, dass Myanmars Militär gegen Aung San Suu Kyis regierende *Nationale Liga für Demokratie* geputscht hat. Längst äußert sich der Widerstand nicht mehr nur in Straßenprotesten des *Civil Disobedience Movement* (CDM), sondern hat insbesondere in vielen von ethnischen Minderheiten bewohnten Grenzregionen, die von verschiedenen Rebellengruppen kontrolliert werden, eine neue Stufe erreicht: Ende März hatte die *Karen National Liberation Army* (KNLA), der bewaffnete Arm der Rebellenorganisation *Karen National Union* (KNU), einen Außenposten des Militärregimes im östlichen Karen-Staat erobert.

Der Zeitpunkt war nicht zufällig: Der 27. März wurde vom Militär wie gewohnt als der „Tag der Streitkräfte“ mit Paraden begangen. Zugleich war es der bis dato tragischste Tag seit dem Putsch, da die Junta bei landesweiten Protesten mindestens 114 Menschen erschießen ließ. Ein Karen-Kommandeur sagte gegenüber dem Nachrichtenportal *Myanmar Now*, die KNLA kämpfe mit Studierenden und anderen Bürger*innen „für den Sturz der faschistischen Diktatur“. Das Regime reagierte prompt: Kampfflieger bombardierten Dörfer, es gab Tote und Verletzte, zehntausende Bewohner*innen wurden vertrieben. Ein Teil schaffte es über die Grenze, nur um von Thailands Behörden

wieder abgewiesen zu werden. Auch im nördlichen Bundesstaat Kachin – wie der Karen-Staat lange zuvor von kriegesischen Auseinandersetzungen gezeichnet – ist die Lage seit dem Putsch eskaliert.

Rufe nach einer föderalen Armee

Weil die Hoffnungen auf Intervention durch die internationale Gemeinschaft schwinden, sind die Rufe nach einer „föderalen Armee“ immer lauter geworden. Diese solle den Volksaufstand und die Mitte April von Gegner*innen des Putsches proklamierte Gegenregierung (*National Unity Government*, kurz NUG) unterstützen, so die Forderungen. Allerdings ist es äußerst fraglich, dass eine solche Allianz unter den geschätzt mehr als 20 Rebellenorganisationen zustande käme. Während die *Kachin Independence Army*, die *Karen National Liberation Army* sowie eine Dreierallianz aus *Arakan Army*, *Ta'ang National Liberation Army* und *Myanmar National Democratic Alliance Army* gezielte Attacken begonnen oder verschärft haben, geht der Widerstand anderer bislang nicht über Lippenbekenntnisse hinaus. Medienberichten zufolge schließen sich viele junge Leute kämpfenden



Gruppierungen an; Myanmar Now berichtete kürzlich über einen hochrangigen Soldaten, der dem Militär 20 Jahre gedient habe, dann aber zum Widerstand wechselte und nun Rekrut*innen trainiere.

Ein Rückblick: Kurz nach dem Putsch hatten Aktivist*innen zu Aktionen des zivilen Ungehorsams aufgerufen – diese mündeten in Massenprotesten gegen die Junta und einem landesweiten Aufstand des *Civil Disobedience Movement* (CDM). Ging das Militärregime zunächst mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen gegen die Demonstrant*innen vor, wurde sehr bald mit scharfer Munition in die friedlich protestierenden Mengen gefeuert.

In einem Bericht vom 11. März warf *Amnesty International* der Junta vor, Kriegswaffen gegen die Bevölkerung einzusetzen. Das sei nicht das Handeln überforderter, einzelner Offiziere, die Fehlentscheidungen trafen, sagte die *Amnesty-International*-Direktorin für Krisenbewältigung, Joanne Mariner. Vielmehr handle es sich um das Vorgehen skrupelloser Kommandeure, die bereits in Verbrechen verwickelt gewesen seien, etwa gegen Angehörige ethnischer Minderheiten in den Bundesstaaten Rakhine, Kachin und Shan. Mitverantwortlich waren unter anderem Soldaten einer Infanterie-Division, die

im August 2017 an der brutalen Offensive gegen die überwiegend muslimischen Rohingya beteiligt gewesen war. Laut der Hilfsorganisation für politische Gefangene (AAPP) sind seit dem Putsch bis einschließlich zum 11. Mai mindestens 783 Menschen ermordet worden, darunter 52 Kinder. Zudem wurden 4.936 Personen festgenommen, gegen weitere 1.581 laufen Haftbefehle.

All diejenigen, die an den vom *Civil Disobedience Movement* (CDM) dezentral initiierten Massenprotesten teilnehmen, wissen demnach, dass sie ihr Leben riskieren: Dazu zählen unter anderem Studierende, Mönche, Arbeiter*innen, Mitarbeiter*innen von Behörden, Ärzt*innen, Pflegepersonal, Lehrer*innen und Anwalt*innen. Mit dieser breiten Form des Widerstands dürften die Militärmachthaber nicht gerechnet haben. Doch die Bevölkerung im früheren Birma hat es satt, von einer Junta beherrscht zu werden. Sie will nicht zurück in finsterste Zeiten, schon gar nicht die jungen Leute. Die „Generation Z“ ist im Internetzeitalter und den Jahren nach der 2011 vom damaligen Präsidenten und Ex-General Thein Sein betriebenen Öffnung herangewachsen. Offiziell waren bei den Parlamentswahlen vom 8. November 2020 über 37 Millionen Einwohner*innen zur Stimmabgabe aufgerufen, darunter etwa fünf Millionen Erstwähler*innen.

Myanmar: Der Aufruf zu zivilem Ungehorsam mündete in Massenprotesten gegen die Junta (Foto: adkarpin).



Der „Drei-Finger-Gruß“ wurde zum Symbol des Widerstands in beiden Ländern (Foto: JD).

Milk Tea Alliance

Als Ende Februar zu einem weiteren Generalstreik in Myanmar aufgerufen wurde, solidarisierten sich Aktivist*innen der sogenannten *Milk Tea Alliance* in Thailand, Hongkong und Taiwan. Sie verurteilten den Putsch ebenfalls scharf und forderten die Junta auf, die Macht dem Volk zurück zu geben. Protestiert wurde zugleich in Onlineforen unter dem gleichnamigen Hashtag. Das in Thailand, Hongkong und Taiwan beliebte gesüßte Milchteegetränk ist zum populären Symbol einer länderübergreifenden Plattform gegen diktatorische und autokratische Regime in Asien avanciert. Ein Erkennungszeichen ist der „Drei-Finger-Gruß“, entlehnt aus der Hollywood-Blockbusterreihe „Die Tribute von Panem“. Die Demonstrierenden in Myanmar haben die Geste von Regimegegner*innen in Thailand übernommen; dort ist diese seit dem Putsch vom 22. Mai 2014 populär.

Beobachter*innen sehen Myanmar am Abgrund eines Bürgerkriegs. Zwar gibt es in vielen von ethnischen Minderheiten bevölkerten Regionen teils schon seit Jahrzehnten heftige Kämpfe zwischen Rebell*innen und staatlichen Truppen. Doch wegen des Militärputsches breitet sich

das Chaos im gesamten Land aus. Die Situation könne wie in Syrien 2011 außer Kontrolle geraten, warnte im April die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet. Länder oder Staatengemeinschaften wie die USA, die EU, Kanada und Großbritannien haben zwar gezielte Sanktionen gegen Myanmars Generäle und die von ihnen kontrollierten Unternehmen verhängt. Doch ein umfassendes, internationales Waffenembargo durch den UN-Sicherheitsrat ist trotz wiederkehrender Forderungen von Menschenrechtler*innen nicht in Sicht. Am 5. Mai hatte ein Bündnis von über 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen wie unter anderem *Amnesty International*, *Burma Campaign UK*, *Human Rights Watch*, *Kachin Women Action Thailand* und *Rohingya Youth Association*, einen offenen Brief unter dem Motto *#NotOneBulletMore* veröffentlicht. Selbst verbale Kritik des Weltsicherheitsrates wurde mehrfach auf Betreiben Chinas entschärft. Myanmar habe sich in eine Blutlache verwandelt, während die Welt zusehe und das Militärregime weiter ungestraft Gräueltaten begehe, beklagte die Organisation *Women's League of Burma* (WLB) Anfang April. Die WLB kämpft gegen sexuelle Gewalt in ethnischen Regionen und setzt sich für die Partizipation von Frauen am politischen Geschehen ein, insbesondere an Friedensprozessen.



Von der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN ist ebenfalls nichts zu erwarten. Das zeigte das jüngste Krisentreffen am 24. April in Indonesiens Hauptstadt Jakarta: Trotz teils deutlicher Kritik brachte die Gemeinschaft, die prinzipiell eine Politik der Nichteinmischung betreibt und in der die meisten Länder autokratisch bis diktatorisch regiert werden, nur einen lauwarmen Konsens mit fünf Punkten zustande: Erstens: die sofortige Einstellung der Gewalt in Myanmar; zweitens: einen konstruktiven Dialog zwischen allen betroffenen Parteien, um eine friedliche Lösung im Interesse des Volkes zu suchen; drittens: Vermittlung durch einen ASEAN-Sondergesandten; viertens: humanitäre Hilfe durch ASEAN und fünftens: Besuch des Sonderbeauftragten in Myanmar. Ein Appell zur Freilassung aller politischen Gefangenen fehlte im offiziellen Forderungskatalog; auch wurde der Putsch weder angeprangert noch wurden mögliche Sanktionen angedroht.

Dass Juntachef Min Aung Hlaing die Appelle ignoriert, ist längst erwiesen. Regimegegner*innen kritisierten, dass Myanmar's Machthaber, dem nicht zuletzt Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Rohingya zur Last gelegt werden, zu dem Gipfel eingeladen wurde, während Repräsentant*innen der am

16. April von Gegner*innen des Putsches proklamierten Regierung der Nationalen Einheit (NUG) außen vor bleiben mussten.

Sonderrolle Thailands als Nachbar Myanmar's

Eine besondere Rolle in dieser komplexen Gemengelage spielt Thailand, das eine mehr als 2.400 Kilometer lange Grenze mit Myanmar teilt. Es war der Sender *Thai PBS World*, der am 15. April 2021 mit dem Vermerk „Exklusiv“ über Datum und Austragungsort des ASEAN-Gipfels berichtete. Was auch immer das mögliche Resultat sei, eines stehe schon fest: Die Generäle in Myanmar wüssten, dass sie auf mehr als stillschweigende Unterstützung ihrer Kolleg*innen in Thailand zählen könnten, schrieb der thailändische Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun vor Gipfelbeginn in einem Kommentar für die *New York Times* am 23. April.

Zugleich wurde bekannt, dass Premierminister Prayut nicht nach Jakarta reisen, sondern seinen Außenminister Don Pramudwinai schicken würde – „eine Abwesenheit, die von manchen als Weg interpretiert wurde, um Kritik an sei-

*In Thailand wurden seit September 2020 mehrere Anführer*innen der pro-demokratischen Bewegung und deren Unterstützer*innen wiederholt verhaftet und mit einer Vielzahl an Klagen überzogen (Foto: JD).*



Die Proteste wurden durch Thailands Jugend initiiert, die gegen das diktatorische Regime aufbegehrte. (Foto: JD)

nem Verbündeten zu vermeiden“, kommentierte Pavin weiter. Die „unheilige Allianz beider Militärregierungen“ macht der im japanischen Exil lebende Wissenschaftler an mehreren Punkten fest: „Trotz beträchtlicher Unterschiede zwischen beiden Ländern – Myanmar wurde kolonialisiert, Thailand, das eine königliche Familie mit enormem Einfluss hat, nicht – teilen sie ein wesentliches Merkmal: Die Politik in beiden Ländern wird seit langem von Militärs dominiert, die behaupteten, als ultimativer Garant für die Integrität des Landes und im besten Interesse einer buddhistischen Mehrheit zu agieren“.

Nur wenige Stunden nach dem Putsch in Myanmar hatte die Tageszeitung *Bangkok Post* Thailands Vize-Premierminister Prawit Wongsuwan mit einem Kommentar zitiert, worin er den Umsturz als „innere Angelegenheit“ abtat. Die Haltung des pensionierten Generals ist nicht verwunderlich: Als Mentor des jetzigen thailändischen Premierministers, Ex-Juntachefs und Ex-Armeechefs Prayut Chan-ocha gehörte Prawit jenem Kreis von Militärs an, die am 22. Mai 2014 die (Rest)Regierung unter der 2011 demokratisch gewählten Premierministerin Yingluck Shinawatra gestürzt hatten. Die Putschisten beider Länder, die aus ihrer Demokratieverachtung keinen Hehl machen, pflegen zudem erkennbar enge Verbindungen: Erster ausländischer Gast

von Rang in Bangkok war wenige Wochen nach dem Putsch Min Aung Hlaing. Einem Bericht der *Bangkok Post* vom Juli 2014 zufolge hatte Myanmars damaliger Armeechef der thailändischen Junta versichert, sie habe „das Richtige getan“. Zehn Tage nach dem Umsturz in Myanmar berichtete die *Bangkok Post* von einem Brief, den Min Aung Hlaing an Prayut verfasst habe. Darin habe Myanmars Machthaber die Gründe für den Putsch dargelegt und Thailands Ex-Juntachef ersucht, „die Demokratie zu unterstützen“.

Demokratieverachtung der Militärs

Seit Jahrzehnten haben die Armeen beider Länder und deren politische Verbündete demokratische Entwicklungen ausgehebelt. Ihren unbedingten Willen zur langfristigen Sicherung ihrer Macht und Pfründe tarnten die Putschisten durch perfide Beteuerungen, man habe eine „Institution“ oder das „System“ schützen wollen. Seit 1932 in Thailand die absolute Monarchie abgeschafft und die konstitutionelle eingeführt worden war, hat es etwa 20 Putsche und Putschversuche gegeben.



Im früheren Birma hat die Armee seit Beginn der 1960-er Jahre „nur“ drei Mal die Macht an sich gerissen, mit teilweise noch einschneidenderen Folgen: Nach dem ersten Umsturz durch General Ne Win 1962 gegen den damaligen Premierminister U Nu hatte der Vielvölkerstaat fast 50 Jahre unter der Knute wechselnder Militärs gestanden. Den jüngsten Putsch begründeten die Generäle mit angeblichem Wahlbetrug, ohne Beweise dafür vorzulegen. Den Urnengang vom November 2020 hatte die regierende *Nationale Liga für Demokratie* unter Aung San Suu Kyi wie schon 2015 klar gewonnen, während sich die militärtreue *Union Solidarity Development Party* (USDP) geschlagen geben musste. Das war ein vernichtender Schlag für Min Aung Hlaing, dem politische Ambitionen nachgesagt wurden und der im Sommer 2021 als Armeechef in Pension hätte gehen müssen.

Aufbegehren gegen Militärherrschaft, Einflussnahme und staatliche Willkür

Thailands Militärs suchten den Staatsstreich vom Mai 2014 mit dem Argument zu legitimieren, dass wieder „Frieden und Ordnung“ hergestellt werden müssten. Tatsächlich aber war

die Armee treibende Kraft jener Krise zwischen Spätherbst 2013 und Frühjahr 2014, in der die Demonstrant*innen der anti-demokratischen Bewegung *People's Democratic Reform Committee* auf die Straßen gegangen waren, um die Yingluck-Regierung zu stürzen und zugleich das gesamte politische Netzwerk des Shinawatra-Clans kalt zu stellen.

Zudem verschanzten sich Thailands Putschisten regelmäßig hinter der Behauptung, die Monarchie „schützen“ zu wollen. Der systematische und erneut zunehmende Missbrauch des drakonischen „Gesetzes gegen Majestätsbeleidigung“ (Paragraf 112 des thailändischen Strafgesetzbuches) dient den royalistisch-reaktionären Eliten, darunter den erzkonservativen Militärs, als Instrument, um gegen Mitglieder oppositioneller Parteien und Dissident*innen vorzugehen.

Gegen Militärherrschaft, Einflussnahme und staatliche Willkür haben sich weite Teile der Bevölkerung in Thailand und Myanmar immer wieder aufgelehnt – und viele haben ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt: In Thailand war das 1973, 1976, 1992 oder 2010 der Fall. In Myanmar waren der vorwiegend von Studierenden initiierte Volksaufstand von 1988 sowie die von buddhistischen Mönchen angeführte „Safran-Revolution“ 2007 blutig niederge-

Die Demonstrierenden fordern den Rücktritt der Prayut-Regierung, Neuwahlen und Reformen der Monarchie. Im September und Oktober 2020 erreichten die Proteste der pro-demokratischen Bewegung in Thailand ihren Höhepunkt: Tausende gingen wöchentlich in Bangkok und anderen Städten auf die Straße (Fotos: JD).



Neben ihrer Wut auf Myanmars Militär fordern die Demonstrierenden die Freilassung der gestürzten De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi, die gleich am 1. Februar festgenommen wurde (Foto: adkarpin).

schlagen worden. Seit 1988 waren Dissident*innen aus Myanmar Richtung Thailand geflohen, die Grenzstadt Mae Sot gilt seitdem als eine Art Refugium für politisch Verfolgte. Dort war am 23. März 2000 auch die Hilfsorganisation für politische Gefangene (AAPP) gegründet worden.

Die Haltung gegenüber geflüchteten Regimegegner*innen aus Myanmar war in Thailand gespalten, sagte Naruemon Thabchumpon in einem Interview mit dem Journalisten Pravit Rojanaphruk von *Khaosod English* Anfang März 2021. „Da Myanmar nicht unser Zuhause ist, denken viele Thais, es geht uns nichts an, was dort passiert“, so die Vorsitzende des *Thai Action Committee for Democracy in Burma*, das nach den Massenprotesten von 1988, auch als „8888 Uprising“ bekannt, ins Leben gerufen worden war. Doch Naruemon Thabchumpon und ihre Organisation sind der Auffassung, man müsse sich solidarisch erklären – damals wie heute. Nach dem jüngsten Putsch in Myanmar gab es in Thailand zahlreiche Bekundungen der Solidarität; unter anderem demonstrierten am Abend des 1. Februar thailändische Aktivist*innen mit Bürger*innen aus Myanmar vor der Botschaft in Bangkok.

Thailands Jugend gegen das Establishment

Im Jahr davor hatte in Thailand eine Protestwelle begonnen, in der die junge Generation auf friedliche Weise gegen das ultrakonservative, royalistische Establishment aus Militärs, Technokraten und altem Geldadel aufbegehrte. Auslöser war eine Entscheidung des Verfassungsgerichts vom Februar 2020, die populäre oppositionelle *Future Forward Party* aufzulösen. Neben freien und fairen Wahlen forderte Thailands Jugend eine Verfassung, die gleiches Recht für alle garantiert und nicht dazu dient, den Machtanspruch einer vergleichsweise kleinen reaktionären Elite zu sichern, die sich als moralische Instanz inszeniert und aus dieser vermeintlichen Überlegenheit ihren Anspruch auf Pfründe und Privilegien ableitet. Auch verlangten die Demonstrant*innen ein Ende der staatlich sanktionierten Gewalt gegen Dissident*innen.

Im Verlauf des Sommers ging die Unerschrockenheit so weit, dass Teile der Bewegung eine grundlegende Reform der Monarchie forderten. Die Initialzündung war eine Kundgebung am 3. August am *Denkmal der Demokratie* in Bangkok, auf der sich die Teilnehmer*innen einer



Symbolik aus „Harry Potter“ bedienten. Sie verkleideten sich als Zauberlehrlinge und verwiesen mit „Er, dessen Name nicht genannt werden darf“ – dem finsternen Lord Voldemort und Gegenspieler Harrys – wenig verbrämt auf König Vajiralongkorn. Der Aktivist und Anwalt Anon Nampa hielt eine Rede, in der er eine Reform der Monarchie zugeschnitten auf eine demokratische Gesellschaft forderte.

Eine Woche später legten die Initiator*innen eines Protests auf dem Rangsit-Campus der Thammasat-Universität nach: Die Soziologiestudentin Panusaya Sithijirawattanakul verlas das sogenannte „Thammasat-Manifest“: Das Zehn-Punkte-Papier rüttelt an den engen Banden zwischen Königshaus und dem übrigen feudalistischen Establishment aus Militärs, Technokratie, Aristokratie und Bangkok Geldadel und damit an den anti-demokratischen Grundfesten des Landes. Aus dem Blauen heraus kamen die Proteste der jungen Generation nicht; vielmehr müssen sie vor dem Hintergrund des ungelösten „Rot-Gelb-Konflikts“ betrachtet werden, der faktisch mit dem Militärputsch vom 19. September 2006 gegen den damaligen Regierungschef Thaksin Shinawatra begann. Seit jenem Staatsstreich diene das Empfinden insbesondere der ärmeren Schichten, politisch

entmündigt worden zu sein, als Katalysator für ihr legitimes Aufbegehren gegen das althergebrachte, feudalistische System. Was folgte, war ein Kreislauf von Protesten, Gewalt und Gegengewalt: Während des „Rot-Gelb-Konflikts“ gingen die „Gelbhemden“ als Unterstützer*innen des reaktionären, royalistischen Establishments gegen die Anliegen der „Rothemden“, die mehrheitlich, wenn auch nicht allesamt Anhänger*innen Thaksins sind, auf die Straßen.

Zwischenzeitlich gerieten die thailändischen Proteste ins Stocken; Köpfe der Bewegung und deren Unterstützer*innen wurden wiederholt verhaftet und mit einer Vielzahl an Klagen überzogen. Neben „Aufwiegelung“ lautet der Vorwurf „Majestätsbeleidigung“, bei einem Schuldspruch drohen pro Anklagepunkt zwischen drei und 15 Jahren Haft. Durch den Widerstand der Bevölkerung im Nachbarland Myanmar schien es dann, als ob sich Thailands pro-demokratische Bewegung neu belebt. Tausende Demonstrierende seien auf Bangkoks Straßen zurückgekehrt, um mit „einer tosenden Töpfe- und-Pfannen-Demo gegen die Verhaftungen ihrer Anführer*innen und als Akt der Solidarität gegen den Militärputsch in Myanmar zu protestieren“, berichtete *Voice of America* am 10. Februar. Nach dem

Myanmar steht vor einer ungewissen Zukunft (Foto: Judith Kunze).



YOU MESSED
WITH THE WRONG
GENERATION!

*Auch in Myanmar sind
es viele Jugendliche und
junge Erwachsene, die
gegen die Militärjunta
auf die Straße gehen
(Foto: adkarpin).*

Putsch hatte Myanmar's Bevölkerung begonnen, des Nachts auf Kochgeschirr zu schlagen; die Geste, die eigentlich dazu dient, das Böse zu verscheuchen, wurde fortan zu einem Symbol des lautstarken Widerstands gegen die Militärherrschaft.

Der Höhepunkt der Proteste in Thailand scheint erst einmal überschritten, mittlerweile wird mindestens 70 Aktivist*innen Beleidigung der Monarchie vorgeworfen.

Ungewisse Zukunft

Schon 2020 bestand Thailands Protestbewegung aus verschiedenen Initiativen; ernste Risse aber zeigten sich ab der Jahreswende, als der aus der *Free Youth* entstandenen Gruppierung *Restart Democracy* ideologische und taktische Fehler vorgeworfen wurden; unter anderem wurde die Gewaltbereitschaft mancher Teilnehmenden gegen die Polizei Ende Februar 2021 kritisiert. In einem Klima anhaltender staatlicher Repressionen und angesichts der Tatsache, dass die Polizei ihrerseits mehrfach brutal gegen friedliche, unbewaffnete Demonstrierende vorging, gilt das Verhalten von *Restart Democracy* als eher kontraproduktiv – als „möglicherweise ver-

heerend für die Demokratiebewegung in Thailand“, schrieb Mark S. Cogan, assoziierter Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der Kansai Gaidai Universität in Japan, in einem Beitrag am 5. März.

Durch den ungelösten „Rot-Gelb-Konflikt“, den es in Myanmar nicht gibt, ist Thailands Gesellschaft, in der sich viele Menschen wiederholt gegen feudalistische Arroganz und staatliche Gewalt gewehrt hatten, wohl tiefer gespalten denn je. Diese Polarisierung nutze die Regierung weiter aus, schrieb der Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun in seinem Kommentar für die *New York Times*. Nicht zuletzt bei den umstrittenen Parlamentswahlen vom 24. März 2019 hatte sich gezeigt, dass ein beträchtlicher Anteil der Wähler*innen hinter dem Prayut-Regime und dem royalistisch-reaktionären Establishment steht, indem sie für die junta-treue *Palang Pracharath Party* und damit für den Status Quo von „Nation, Religion, König“ gestimmt hatten. Jene Wähler*innen hatten damals signalisiert, dass sie „nach fünf Jahren Diktatur auch künftig ein autoritäres System wollen oder sich angesichts der politischen Grabesruhe zumindest einreden, dass Thailand von dieser Art ‚Frieden und Ordnung‘ profitiere. Auf der anderen Seite sind jene Menschen zu

finden, die sich einen demokratischen Aufbruch wünschen,“. Wie die nächste Zukunft aussehen wird, darüber kann nur spekuliert werden.

Zur gleichen Zeit steht die Frage im Raum, wie es in Myanmar weitergeht. Die aus Gegner*innen des Putsches gebildete *Regierung der Nationalen Einheit* (NUG) erklärte kürzlich, sie habe „Verteidigungskräfte des Volkes“ gebildet, um ihre Anhängerschaft gegen die Gewalt der Militärjunta zu schützen. Das sei ein erster Schritt auf dem Weg zu einer föderalen Armee. Echter Föderalismus ist jedoch erst dann erreicht, wenn bürgerliche Freiheiten und Gleichberechtigung für alle Ethnien garantiert sind. Rohingya-Organisationen hatten bereits im April appelliert, dass die NUG auch Repräsentant*innen ihrer Volksgruppe umfassen müsse.

Indes werden die Warnungen hinsichtlich eines landesweiten Bürgerkriegs mit jedem Tag eindringlicher: Neben heftigen Kämpfen zwischen bewaffneten ethnischen Rebellengruppen und der Junta in den Bundesstaaten Kachin und Karen hätten Bewohner in mehreren Orten wie in der Region Sagaing und im Bundesstaat Chin begonnen, sich selbst zu verteidigten, berichtete die *Hilfsorganisation für politische Gefangene* (AAPP) am 7. Mai. „Wenn die internationale Gemeinschaft oder die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN keine Maßnahmen ergreifen, wird der Bürgerkrieg ganz Myanmar verschlingen“.

Die Autorin

Nicola Glass hat dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Zurück in Deutschland ist sie seither als freie Journalistin tätig, u. a. für den Evangelischen Pressedienst und die taz. 2018 erschien ihr Buch »Thailand. Ein Länderporträt« im Christoph-Links-Verlag.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

Fotos:

adkarpin, JD, Judith Kunze

Redaktion:

Raphael Göpel, Majid Lenz

V. i. S. d. P.:

Raphael Göpel
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-25
raphael.goepel@asienhaus.de
www.asienhaus.de

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



Stiftung
Asienhaus